

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 45 (1969-1970)
Heft: 8

Artikel: Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik
Autor: Schreiber, Viktor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079250>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik

Der Mangel an Arbeitskräften ist in fast allen westeuropäischen Ländern ein akutes Problem. Frankreich hat es weitgehend behoben, indem es die aus Algerien zurückgefluteten Franzosen eingliedern konnte, vor allem aber durch die Integration von Tausenden von Arabern aus Algerien, Tunesien und Marokko. In Westdeutschland fehlen trotz der zahlreichen Flüchtlinge aus der DDR, wie Viktor Schreiber hier darlegt, bereits wieder Arbeitskräfte, die nun in Süd- und Ost-Europa rekrutiert und nachher voll und ganz integriert werden.

Die Hochkonjunktur führte auch in Deutschland schon in der Mitte der fünfziger Jahre nicht nur zur Vollbeschäftigung der einheimischen Arbeitskräfte, sondern machte es auch damals bereits notwendig, zusätzlich ausländische Arbeiter in Anspruch zu nehmen. In den ersten Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik im Herbst 1949 konnte die deutsche Wirtschaft noch auf die zahlreichen Flüchtlinge aus den Ostgebieten zurückgreifen. Ihre Zahl betrug etwa 9 Millionen. Hinzu kamen bis 1961 ungefähr 3 Millionen Flüchtlinge aus der DDR. Von dieser Bevölkerungsschicht war es natürlich nur ein bestimmter Teil, der in den Produktionsprozess der Bundesrepublik eingegliedert wurde. So stieg der Bedarf an Arbeitskräften trotzdem bald darüber hinaus.

Bilaterale Verträge

Die ersten Ausländer konnten noch ohne grosse Formalitäten in den verschiedenen deutschen Industriezweigen beschäftigt werden. Als ihr Strom jedoch grössere Ausmasse annahm, begann die Bundesregierung, mit den wichtigsten Ländern bilaterale Verträge abzuschliessen. Bis heute, wo mittlerweile 1,6 Millionen Ausländer, davon 474 000 Frauen, in der BRD arbeiten, bestehen solche Verträge mit Italien, Jugoslawien, der Türkei, Griechenland, Spanien und Portugal.

Entsprechend diesen Abkommen schloss die Vereinigung der Arbeit-

geberverbände ihrerseits Verträge mit den Arbeitnehmern aus dem Ausland. Darin wurde ihnen mit ihrer Einreise auch eine sichere Unterkunft garantiert. Landsleute wurden beauftragt, den Neuangekommenen gratis Deutschunterricht zu geben. Der Arbeiter selbst musste sich verpflichten, mindestens ein Jahr bei jener Firma zu bleiben, die ihn nach Deutschland gebracht und seine Reisekosten übernommen hatte. In den Hauptstädten der betreffenden Länder wurden ferner deutsche Kommissionen eingesetzt, die für die Erfüllung der Vertragsbestimmungen sorgten.

Gleichberechtigung

Günter Stephan, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, erklärte dem «Schweizer Spiegel»: «Im allgemeinen sind wir sehr zufrieden mit Leistungen und Verhalten der ausländischen Arbeitnehmer. Wir haben uns ständig bemüht, für diese Kollegen eine völlige Gleichberechtigung herzustellen. Das ist auch erreicht worden, denn ihre Rechte und Pflichten sind die gleichen wie die der deutschen Arbeiter. Wir traten immer für ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange und für die Lösung ihrer politischen Probleme ein. Natürlich ist es unsere Bestrebung, dass möglichst viele von ihnen Mitglieder unserer Organisation werden. Zu einem Beitrag, der pro Woche einem Stundenlohn entspricht, können sie in den Genuss der vollen Rechtshilfe kommen, die der DGB seinen Mitgliedern bietet.»

Die Meinung der Arbeitgeberverbände drückte deren Geschäftsführer und Vorsitzende des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg aus: «Ich möchte betonen, dass die deutsche Industrie die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer begrüsst und bemüht ist, den Ausländern den Aufenthalt und die Arbeit im Betrieb möglichst angenehm zu machen. Die Industrie sieht in der Beschäftigung der Ausländer einen Beitrag zur Entwicklungshilfe, aber auch zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwi-

schen der Bundesrepublik und den Anwerbeländern. Nach über zehnjährigen Erfahrungen mit ausländischen Arbeitnehmern bestätigt die deutsche Wirtschaft deren Arbeitswillen und das Bemühen, sich nach Anpassung im Betrieb mit voller Kraft einzusetzen.»

Daneben waren natürlich in der Öffentlichkeit auch negative Stimmen zu hören, die aber von der ernstzunehmenden Presse und den politischen Parteien des Bundestages — die NPD ist a priori gegen die «Fremden» — entschieden zurückgewiesen werden. Insgesamt zeigten die letzten Jahre nur noch sehr wenige Ressentiments in der deutschen Bevölkerung. Dazu trug unter anderem bei, dass sich die Ausländer in der Statistik der Kriminalität auf einem ganz niedrigen Stand befinden. Eine Einschränkung der Einreisebewilligungen für ausländische Arbeitskräfte steht nach alledem nicht auf dem Programm der Bundesregierung.

Die Bezeichnung «Gastarbeiter», die in den ersten Jahren dominierte, wurde auf Bestreben der deutschen Gewerkschaften durch den zutreffenderen Ausdruck «ausländischer Arbeitnehmer» ersetzt.

Legal und liberal

Ausländische Arbeitnehmer haben trotz ihrer politischen Tätigkeit, die vom DGB unterstützt wird, den deutschen Behörden noch keinen Anlass zum Einschreiten gegeben. Politische Morde sind von Exilkroaten und neuerdings von Arabern verübt worden, die aber nicht ausländische Arbeitnehmer waren. Die Missstimmung auf Grund dieser Greuelthaten kann natürlich leicht auch auf die ausländischen Arbeitskräfte überschlagen, da die grössten Teile der Bevölkerung nicht zwischen einzelnen Gruppen von Ausländern unterscheiden.

Das Verhalten der Gastarbeiter, auch in ihrer politischen Betätigung, ist jedenfalls legal, und das deutsche Ausländergesetz aus dem Jahre 1965 ist effektiv eines der liberalsten Westeuropas.

Viktor Schreiber